Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1912. Nr. 605. Jahrgang 205.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonteil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Freitag-Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur i. V.: Fritz Müller, Halle a. S.

Freitag, 27. Dezember 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die Techniker.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Immer wieder klagen die „Techniker" (im weitesten Sinne des Wortes) darüber, daß in der Verwaltung die juristisch vorgebildeten Beamten bei Besetzung der leitenden Stellen ihnen vorgezogen würden. Sie führen aus, daß sich in ihren Reihen nicht minder begabte Leute befänden als bei den „Juristen", daß sie dieselbe Schulbildung genossen hätten wie diese, daß ihre Ausbildung auf der Hochschule keineswegs als minderwertig anzusehen sei gegenüber der juristischen und daß sie einen mindestens ebenso gründlichen Vorbereitungsdienst durchzumachen hätten wie die juristischen und die übrigen Verwaltungsbeamten.

Alles dies kann ohne weiteres zugegeben werden. Aber was bezweckt das Studium auf der Hochschule und der Vorbereitungsdienst für den Juristen einerseits und für den „Techniker" andererseits? Der Jurist lernt auf der Universität das Material kennen, auf Grund dessen er Entscheidungen über verschiedene, oft mit einander im Gegensatze stehende Ansprüche fällen soll. Zum Teil schon als Student, jedenfalls aber dann im Vorbereitungsdienste, lernt er Entscheidungen wirklich zu treffen. Je mehr er in das Leben hinauskommt — und namentlich in der Verwaltung — lernt er aber, daß man diese Entscheidungen nicht immer nach dem Buchstaben der Gesetze treffen kann, weil nach dem alten Spruche häufig summum jus summa injuria ist. Er lernt dann, die verschiedenen Interessen gegeneinander abzuwägen und einen Ausgleich der einander gegenüberstehenden Ansprüche herbeizuführen. So wird seine Ausbildung, je weiter er kommt, eine immer allgemeinere.

Anders der Techniker. Auf der Universität oder technischen Hochschule, die wir als ganz gleichwertig ansehen wollen, lernt auch er noch die allgemeinen Grundlagen für seinen Beruf. Aber je mehr er vorschreitet, desto mehr spezialisiert er sich. So ist es in der Medizin, der Baukunde, der eigentlichen Technik. Und diese Spezialisierung hat im Laufe der Zeit gewaltig zugenommen und wird immer mehr zunehmen, weil eben die „Technik" auf jedem Gebiete immer mehr fortschreitet. Je mehr dies aber geschieht und je mehr der Einzelne auf seinem besonderen Gebiete zu leisten sich bemüht, desto weniger behält er Zeit, andere Gebiete des menschlichen und wirtschaftlichen Lebens kennen und richtig würdigen zu lernen.

Was aber hat der Leiter einer Behörde hauptsächlich zu tun? Entscheidungen zu treffen und Ausgleiche herbeizuführen. Entscheidungen zunächst einmal in einer großen Anzahl von Einzelfällen, die ohne Gesetzeskenntnis auch von Verwaltungsbehörden nicht entschieden werden können. Besitzt der Leiter der entscheidenden Behörde diese Kenntnis nicht, so ist er völlig in die Hand des ihm etwa beigegebenen Juristen gegeben, ein nicht immer erwünschtes Verhältnis. Dann kommt die große Anzahl von Fragen allgemeineren Interesses. Da hat der Leiter einer größeren Behörde schon innerhalb derselben häufig einen Ausgleich herbeizuführen oder schließlich eine Entscheidung zu treffen. Hier nur einige Beispiele. In irgend einem Orte soll eine hygienische Maßregel — nötigenfalls zwangsweise — durchgeführt werden. Der Medizinaldezernent erklärt sie für unbedingt erforderlich. Der Polizeidezernent hält sie für praktisch nicht durchführbar. Der Kommunaldezernent befürchtet eine zu schwere Belastung der Gemeinde. Der Justitiar erachtet sie wegen eines zu starken Eingriffs in die persönliche Freiheit für unzulässig. In einem anderen Falle sollen Bauten an einem Strom ausgeführt werden. Der Wasserbaumeister hält ihre sofortige Vornahme für geboten. Der Fischereidezernent hat im Interesse der Fischerei überhaupt Bedenken dagegen. Der landwirtschaftliche Dezernent spricht sich namentlich gegen eine sofortige Ausführung aus, weil dadurch der Landwirtschaft in der Zeit der dringendsten Arbeit die notwendigen Arbeiter entzogen würden. Endlich noch als Beispiel die jetzt so häufig vorkommende Abwässerfrage: Der Gewerbedezernent befürwortet im Interesse der Industrie die Genehmigung zur Ableitung von Fabrikwässern in einen Fluß, aber vom gesundheitlichen, kommunalen, landwirtschaftlichen, Fischerei- usw. Standpunkte aus wird entschieden widersprochen.

Wer wird in allen solchen Fällen grundsätzlich der Geeignetste sein, einen angemessenen Ausgleich herbeizuführen oder, wenn dies nicht gelingt, die richtige Entscheidung zu treffen? Doch derjenige, der für eine solche Tätigkeit geschult ist, nicht aber derjenige, der seine Vorbereitung für ein ganz bestimmtes, vielleicht bei der Entscheidung als Partei in Frage kommendes Fach genossen hat.

Ja, wird dem von technischer Seite entgegengehalten, das ist eine Ueberschätzung der Schulung; nicht auf sie, auf die Persönlichkeit kommt alles an. Nun ist es ja wohl richtig, daß es Männer an leitender Stelle gegeben hat, die gar keine oder eine ganz andere Vorbildung genossen haben, als sie eigentlich für die betreffende Stelle vorgeschrieben ist, und die doch ganz Vortreffliches geleistet haben. Aber das sind Ausnahmen gewesen. Solche Ausnahmepersönlichkeiten werden sich überall durchsetzen. Für die Regel müssen wir doch aber annehmen, daß diejenigen für irgend eine Stellung am besten passen, die dafür vorgebildet sind. Wenn wir das nicht täten, so wäre dies eine Bankrotterklärung unseres ganzen Vorbildungswesens.

Nun wäre es aber grundfalsch, anzunehmen, daß deshalb die technischen Beamten geringer zu schätzen wären, als die juristischen, weil diese nach ihrer Vorbildung für bestimmte Stellen regelmäßig geeigneter erscheinen als die ersteren. Was die rein menschliche Wertschätzung anlangt, so kommt es natürlich nur auf die betreffenden Persönlichkeiten an. Wissenschaftlich steht der eine ebenso hoch wie der andere. Und für die Allgemeinheit ist die Tätigkeit des „Technikers" oft sehr viel wertvoller als die des Juristen. Die Techniker sollten nur selbst das bei manchen von ihnen vorhandene Mißtrauen, als würden sie nicht für voll angesehen, schwinden lassen und eine ungerechte Zurücksetzung nicht da erblicken, wo sie in der Tat nicht vorhanden ist, dann würden sie selbst sehen, welcher Hochschätzung sie sich gerade in unserer Zeit erfreuen.

Der preußische Staatshaushaltsetat für 1913.

Zum Entwurfe des preußischen Staatshaushaltsetats für 1913 veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Vorbemerkungen:

1. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 595 933 827 Mk. ab. Von den Ausgaben entfallen 245 245 956 Mark gleich 5,3 Proz. der Gesamtausgaben auf das Extraordinarium, gegen 228 007 350 Mk. gleich 5,3 Proz. für 1912. Einnahmen und Ausgaben halten ohne Anleihe das Gleichgewicht, während im Etat für 1912 zur Herstellung des Gleichgewichts eine aus Anleihe zu beschaffende Summe von 19 000 000 Mk. vorgesehen war.

2. Die erstmalig im Etat für 1910 getroffene Regelung, wonach die Reinüberschüsse der Eisenbahnverwaltung nur bis zur Höhe von 2,10 Proz. des statistischen Anlagekapitals der Eisenbahnen zur Deckung allgemeiner Staatsausgaben herangezogen werden dürfen, hat für 1913 zur Folge gehabt, daß ein Betrag von 93 482 835 Mk. zur Verstärkung des Ausgleichsfonds etatisiert worden ist, gegen 57 425 609 Mk. im vorigen Etat.

3. Das Etatgesetz enthält, wie im Vorjahre, die Ermächtigung, Schatzanweisungen bis auf Höhe von 100 000 000 Mk. ausgeben zu dürfen.

4. An Pensionen für Zivilbeamte sind 108 343 000 Mk. veranschlagt, gegen 1912 mehr 9 618 000 Mk.

5. An gesetzlichen Witwen- und Waisengeldern sind 37 292 000 Mk. in Ansatz gebracht worden, gegen 1912 mehr 1 621 000 Mk.

6. Weiter sind an Pensionen und Hinterbliebenenbezügen für die Volksschullehrer und -lehrerinnen vorgesehen: an Pensionen 8 220 000 Mk., gegen 1912 mehr 800 000 Mk.; an Witwen- und Waisengeldern 4 969 000 Mk., gegen 1912 mehr 290 500 Mk.

7. Mit Rücksicht auf das durch die hohen Lebensmittelpreise außergewöhnlich gestiegene Unterstützungsbedürfnis der Beamten sind die Unterstützungsfonds für dieselben einmalig insgesamt um 3 000 000 Mk. verstärkt worden, nachdem bereits in dem Nachtragsetat für 1912 eine gleiche außerordentliche Verstärkung vorgesehen ist. Außerdem sind die Unterstützungsfonds im besonderen Interesse der Assistentenklasse insgesamt um weitere rund 1 000 000 Mk. verstärkt worden.

8. Zu Zuwendungen an Beamte, die zu oder vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand versetzt sind, und für Witwen und Waisen dieser und der vorher verstorbenen Beamten sind eingestellt 5 514 000 Mk., gegen 1912 mehr 2 264 000 Mk.

9. Zu Zuwendungen an pensionierte Volksschullehrer und -lehrerinnen, die zu oder vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand versetzt sind, sowie an Witwen und Waisen dieser Lehrer und der vor diesem Zeitpunkt im Amte verstorbenen Volksschullehrer sind 2 350 000 Mk. in Ansatz gebracht worden, gegen 1912 mehr 313 641 Mk.

10. Die Staatsschuld beläuft sich auf 9 901 769 098 Mk., gegen 1912 mehr 472 895 054 Mk.

Von der Gesamtschuld entfallen auf die Eisenbahnverwaltung 7 536 625 123 Mk. und auf die Bergverwaltung 191 702 441 Mk. An Ausgaben erfordert die Staatsschuld: Zur Verzinsung (einschließlich der im Laufe des Etatsjahres neu aufzunehmenden Anleihebeiträge) 366 345 860 Mk., gegen 1912 plus 17 593 194 Mk., zur Tilgung 59 942 659 Mk., gegen 1912 plus 3 052 532 Mk., zusammen 426 288 519 Mk., gegen 1912 plus 20 645 726 Mk.

Von den Ausgaben entfallen: Auf die Eisenbahnverwaltung 326 684 965 Mk., gegen 1912 plus 13 530 774 Mk., auf die Bergverwaltung 8 774 869 Mk., gegen 1912 plus 1 259 272 Mk.

11. An gesetzlichen Anleihekrediten stehen noch offen rund 1 125,3 Millionen Mark. An neuen Anleihekrediten, soweit sie bereits feststehen, sind in Aussicht genommen: 291 Millionen Mark für die bestehenden Bahnen, 25 Millionen Mark zu Maßregeln behufs Bekämpfung der Fleischteuerung.

12. Der ungedeckte Matrikularbeitrag ist auf Grund der Ansätze im Entwurf zum Reichshaushaltsetat mit 34 486 002 Mk., gleich 85,86 Pfg. auf den Kopf der preußischen Bevölkerung, in Ansatz gebracht, gegen 1912 plus 987 087 Mk. Die Erhöhung ist im wesentlichen die Folge von Ausgleichungen auf Grund der Reichshaushaltsrechnung für 1911, und zwar in der Hauptsache dafür, daß die Matrikularbeiträge für 1911 noch nach der Bevölkerungszahl von 1905 erhoben waren, während die Ueberweisungen aus der Branntweinsteuer bereits nach der Bevölkerungszahl von 1910 erfolgt sind. Abgesehen von den Ausgleichungsbeträgen stellt sich der ungedeckte Matrikularbeitrag sogar etwas niedriger, nämlich auf 33 669 953 Mk., gleich 83,83 Pfg. auf den Kopf der preußischen Bevölkerung, gegen 33 777 956 Mk., gleich 84,10 Pfg., nach dem Etat für 1912.

13. Bei den hinterlegten Geldern sind die Einzahlungen und die Rückzahlungen wieder wie früher (bis 1903) in gleicher Höhe, und zwar nach dem Durchschnitt der Rückzahlungen in den letzten beiden Rechnungsjahren, mit 49 600 000 Mk. in Ansatz gebracht. Das ergibt bei den Rückzahlungen ein Mehr von 2 200 000 Mk.

14. An Ausgaben der zur Durchführung der Reichsversicherungsordnung eingerichteten Behörden sind insgesamt 3 828 204 Mark (gegen 1912 plus 2 053 204 Mk.) etatisiert, wovon 1 549 610 Mark (gegen 1912 plus 799 610 Mk.) durch Einnahmen gedeckt werden. Es ergibt sich also für diese Zwecke ein Nettozuschuß von 2 278 594 (gegen 1912 plus 1 253 594 Mk.).

15. Anläßlich des Inkrafttretens der Angestelltenversicherung erscheinen erstmalig an verschiedenen Stellen des Etats Ausgaben, so insbesondere 200 000 Mk. auf dem Etat der Eisenbahnverwaltung und 17 000 Mk. auf dem Etat der Bauverwaltung.

16. Aus Anlaß der Fleischteuerung sind bei verschiedenen Fonds der landwirtschaftlichen Verwaltung teils im Ordinarium, teils im Extraordinarium, insgesamt 1 450 000 Mk. mehr ausgebracht, die unmittelbar oder mittelbar der Förderung der Viehzucht dienen sollen. Daneben ist zu gleichem Zwecke die bereits erwähnte Anleihe von 25 000 000 Mk. in Aussicht genommen, von welcher bestimmt sind: 10 000 000 Mk. zur Uebernahme von Stammteilen bei gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, 12 000 000 Mk. zur Kultivierung der ostfriesischen staatseigenen Moore und 3 000 000 Mk. zu Meliorationsdarlehen, insbesondere für Drainierungen auf Domänen.

Auf weitere Einzelheiten des Etats soll noch zurückgekommen werden.

Die Friedensverhandlungen.

Während der Feiertage haben die Londoner Friedensverhandlungen natürlich geruht. Nach dem Feste werden nun die Beratungen wieder beginnen und hoffentlich bald zu Ende geführt. Der türkische Ministerrat hat bereits die Gegenvorschläge festgesetzt, die der Friedenskonferenz auf die Bedingungen der Balkan-Verbündeten vorgelegt werden sollen. Diese Gegenvorschläge sind an Reschid Pascha nach London telegraphiert worden. Ueber den Inhalt der türkischen Gegenvorschläge verlautet nichts Bestimmtes, in unterrichteten Kreisen verlautet jedoch, daß die Pforte die Bedingungen der Balkan-Verbündeten in ihrer jetzigen Fassung einfach zurückweist. Außerdem will die Pforte das bereits vor einem Monat geäußerte Verlangen wiederholen, wonach die Mächte eine Untersuchung über die Grausamkeiten anstellen sollen, die von den Verbündeten in den besetzten Gebieten verübt worden sein sollen.

Der Pariser „Temps" meldet aus Konstantinopel: Von den türkischen Offizieren wird die Fortsetzung der Feindseligkeiten dringend gewünscht. Dieser Wunsch soll so stark sein, daß es zu einem Aufstande kommen würde, wenn die Regierung den Forderungen der Balkan-Verbündeten nachkommen würde.

Die bulgarischen politischen Kreise sind einmütig der Ansicht, daß die Uebergabe Adrianopels, das, von der bulgarischen Armee belagert, vom Schicksal zum Falle verurteilt sei, eine conditio sine qua non des Friedensschlusses bilde. Die kategorische Erklärung, welche mehrere Parteiführer in der Sobranje abgegeben haben, lassen über diesen Punkt keinen Zweifel zu.

Zur Frage von Adrianopel meldet der Londoner Berichterstatter des „Temps", daß in gewissen Finanzkreisen folgende Lösung angeregt würde: Adrianopel und seine Umgebung sollen der Türkei verbleiben. Da diese aber außer Stande sei, die von Bulgarien geforderte große Kriegsentschädigung zu bezahlen, so würde Bulgarien das Recht erhalten, Adrianopel samt Umgebung solange zu besetzen, bis die Kriegsentschädigung bezahlt worden sei. Dieser Ausweg würde der Türkei gestatten, wenigstens den Anschein zu wahren, daß sie ihren Standpunkt behauptet habe.

Drohende kriegerische Anzeichen?

Wie dem „Reuterschen Bureau" auf indirektem Wege aus Konstantinopel gemeldet wird, sind alle auf Urlaub befindlichen Offiziere der Tschataldscha-Armee angewiesen worden, binnen 24 Stunden zu ihren Regimentern zurückzukehren.

Der Widerstand Adrianopels.

Die Konstantinopeler Blätter veröffentlichen Briefe von Soldaten der Adrianopeler Garnison, aus denen hervorgeht, daß die Bevölkerung zwar unter der Hungersnot furchtbar zu leiden hat, daß aber an eine etwa in den nächsten Tagen erfolgende Uebergabe noch keineswegs zu denken sei. Die innere Stadt, in welche kein einziges bulgarisches Geschoß eingedrungen sei, soll vollkommen unversehrt sein, und die türkischen Truppen seien genau so widerstandsfähig wie am ersten Tage der Belagerung.

Gegen die Grausamkeiten.

Die Pforte, die vor einem Monat die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Grausamkeiten gelenkt hatte, welche die verbündeten Armeen und die Banden gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen hätten, hat beschlossen, an die Mächte erneut die Bitte zu richten, sie möchten durch ihre Konsuln eine Kollektivuntersuchung über die Grausamkeiten, die noch immer verübt würden, anstellen.

Ein Tagesbefehl König Ferdinands.

Der König der Bulgaren hat an die Armee einen Tagesbefehl gerichtet, der folgendes anordnet:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191212271-13/fragment/page=0001

1. Strenge Anwendung aller von der Sanitätsinspektion getroffenen Maßregeln zur Besserung des Gesundheitszustandes der Armee. 2. Tägliche Uebungen mit anschließenden Vorträgen über die militärischen Operationen der Bulgaren und der Türken. 3. Vorsorge für die Unterhaltung der Truppen, namentlich auch durch Spiel der Militärkapellen. 4. Strenge Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Truppen, die allenthalben Muster der Ordnung und der Gesetzlichkeit sein sollten, Leben und Eigentum aller Bürger ohne Unterschied der Religion und der Nationalität in gleichem Maße zu schützen hätten und jeder Ausschreitung sich enthalten müßten, die die Ehre des Waffenrocks und den guten Ruf des Bulgaren in den Augen des Auslands kompromittieren könnten.

Die Türken verproviantieren Skutari.

Telegramme aus Dulcigno besagen, daß es den Türken nach vorausgegangenem heftigen Kampfe gelungen ist, Skutari mit Munition und Lebensmitteln zu versehen. Die von den Serben eroberten Plätze zwischen Buchiatti und Barbalucki sind von den Türken wieder erobert worden. Die Serben haben Verstärkungen nach Durazzo abgesandt. Unter der serbischen Garnison in Alessio soll eine schwere Typhusepidemie wüten.

Die Autonomie Albaniens.

Aus Valona wird gemeldet, daß die provisorische Regierung den Londoner Beschluß, Albanien die Autonomie zu gewähren, freudig aufgenommen hat. Indessen soll außerordentliche Unzufriedenheit herrschen darüber, daß das Land unter türkischer Souveränität verbleiben soll. Man äußert den Wunsch, einen unabhängigen christlichen Fürsten, am liebsten einen deutschen, auf den albanischen Thron zu bringen. In Rom will man jedoch hiervon nichts wissen.

Die Gattin des deutschen Gesandten der Spionage verdächtig?

In Semlin, einer größeren Stadt in Slavonien, in unmittelbarer Nähe Belgrads an der serbischen Grenze, hat sich gestern ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet. Die Gattin des deutschen Gesandten in Belgrad, Baronin von Griesinger, wurde, nachdem sie in Semlin Weihnachtseinkäufe gemacht hatte, von den ungarischen Behörden unter dem Verdachte der Spionage im Interesse Serbiens verhaftet und trotz ihres energischen Protestes längere Zeit in Gewahrsam gehalten. Der serbische Presse bespricht diesen Zwischenfall in längeren Artikeln und bauscht ihn in ungewöhnlicher Weise auf.

Deutsches Reich.

* **Ein neuer Sproß im deutschen Kaiserhause.** Frau Prinzessin August Wilhelm von Preußen ist gestern nachmittag 5 Uhr 15 Minuten von einem Prinzen glücklich entbunden worden. Das Befinden ist gut. Die Leibbatterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments rückte um 7 Uhr abends aus, um im Lustgarten Salut zu schießen. Die Kaiserin weilte seit den frühesten Morgenstunden bei der Prinzessin in dem Palais in der Wilhelmstraße. Der Kaiser, welcher mittags bei dem Prinzen und der Prinzessin Eitel Friedrich in Potsdam gespeist hatte, traf abends in Berlin ein und besuchte die junge Mutter.

* **Der Großherzog von Hessen** hat dem Minister des großherzoglichen Hauses, des Aeußeren und der Justiz Staatsminister Dr. Ewald den erblichen Adelstand des Großherzogtums verliehen. Das lebenslängliche Mitglied der ersten Kammer der Stände Geh. Kommerzienrat Wilhelm Cornelius Frhr. Heyl u. Herrnsheim in Worms erhielt den Charakter als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Prädikat Exzellenz.

* **Friede im Saarrevier?** Bei einer Besprechung, die der Reichstagsabgeordnete Cotzmann am Mittwoch mit der Bergwerksdirektion hatte, erklärte die Direktion, sie könne auf Grund der nunmehr vorliegenden Abschlüsse eine Steigerung der Löhne mit Bestimmtheit zusagen; Voraussetzung sei nur, daß die Leistungen der Bergleute auf der Höhe blieben und daß nicht Störungen der Betriebe einträten.

* **Von der Marine.** Wie wir hören, soll die Zahl der alljährlich einzustellenden Seekadetten bedeutend vermehrt werden. Auch sollen die mit Primareifezeugnis versehenen Aspiranten wieder mehr als bisher berücksichtigt werden.

*

Sind im Kriegsfalle die Einzahlungen bei öffentlichen Sparkassen sicher?

Kreiskassen-Kontrolleur Nowack-Sagan i. Schles. schreibt in Nr. 49 der „Zeitschrift der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien" in der Hauptsache dies: Vorkommnisse letzter Zeit zeigen, daß über die absolute Sicherheit der öffentlichen Sparkassen auch zu Kriegszeiten noch viel Unklarheit herrscht. Die vielverbreitete Ansicht, daß die Sparkassengelder im Kriegsfalle zu Kriegskosten verwendet werden, ist vollständig unrichtig und wohl nur darauf zurückzuführen, daß man die Sparkassen für staatliche Kassen hält. Die Sparkassen sind rein kommunale Institute, die vom Staate nur beaufsichtigt werden. Die Sparkassengelder sind für den Staat ebenso Privatgelder und für seine Zwecke unerreichbar, wie die Gelder jeder Privatkasse oder jedes Geschäftsmannes. Im übrigen braucht der Staat im Kriegsfalle schnell bares Geld, und dieses ist bei den Sparkassen nicht vorhanden, da ihre Gelder fest und zinsbringend angelegt sind. Zur Kriegführung werden Kriegsanleihen in Ergänzung der bereits vorhandenen bereiten Mittel aufgelegt, an welchen sich alle patriotischen Deutschen und die Großbanken beteiligen. Die Tilgung dieser Anleihen erfolgt nach Beendigung des Krieges durch die Kriegskostenentschädigung, die dem besiegten Feinde auferlegt wird oder durch Steuern, die der Reichstag bewilligt. Um schnell Barmittel zur Kriegführung zu bekommen, wurden 1866 und 1870/71 vom Staate Darlehnskassen gegründet; diese stellten als im Geschäftsverkehr vollständig gültige Zahlungsmittel sog. Darlehns-Kassenscheine zu 1, 5, 10 und 25 Taler aus. Bei diesen Darlehnskassen konnte jedermann Staatspapiere, Sparbücher, Wertgegenstände und dem Verderben nicht ausgesetzte Waren usw. gegen bares Geld verpfänden. Da bei Kriegszeiten die Gefahr sehr groß ist, daß das im Haushalt vorhandene bare Geld gestohlen wird, ist es entschieden das richtigste, jede entbehrliche Mark zur Sparkasse zu tragen. Die Sicherheit der öffentlichen Sparkasse ist so groß, daß absolut kein Fall denkbar ist, in dem ein Pfennig verloren gehen könnte. Erstens haften die aus den Spargeldern angekauften oder beliehenen Vermögens- bezw. Pfandgrundstücke der Sparkassen, also die bis zur Hälfte oder höchstens Zweidrittel beliehenen ländlichen und städtischen Grundstücke, die angekauften Reichs- und Staatspapiere, landschaftlichen Pfandbriefe, kommunalen Anleihen und die der Sparkasse ausgestellten Wechsel- und Schuldscheine. Sollte bei diesen Anlagen trotz aller Vorsicht der Verwaltung ein Verlust eintreten, so haftet zweitens das Sicherheitsvermögen (Reservefonds) der Sparkassen. Dieser wird aus den Zinsüberschüssen angesammelt und beträgt je nach der Größe der Kasse 5 bis 10 Proz. der Einlagen. Von diesen würden etwaige Verluste bezahlt werden. Drittens haftet das gesamte Vermögen der Körperschaft, welche die Sparkasse gegründet hat. Bei den Kreissparkassen ist es der ganze Kreis mit den nicht kreisfreien Städten, allen Dörfern und Rittergütern. Bei städtischen Sparkassen haftet das Vermögen der ganzen Stadt usw. Sollten diese drei Sicherheiten noch nicht ausreichen, so haftet viertens der Garantieverband, also der Kreis, die Stadt usw. mit seiner ganzen Steuerkraft, d. h. es müßten so lange Steuern ausgeschrieben werden, bis jeder Sparer auch zum letzten Pfennig Kapital und Zinsen gekommen ist.

Ausland.

Verhaftung eines österreichischen Spions.

Eine Moskauer Zeitung meldet aus Wilna, daß die russischen Behörden in Litowsk einen österreichischen Spion namens Robert Boloch verhaftet haben, der Offizier im österreichischen Generalstabe sein soll. Boloch wurde nach Warschau transportiert.

Die Wirren in Marokko.

Aus Magador wird vom Mittwoch gemeldet: Die Kolonne Brulard hat gestern abend 10 Uhr die Kolonne Massoutier nach heftigen Kämpfen befreit. Diese war in ausgezeichneter Verfassung; sie hat keine weiteren Verluste als die bereits gemeldeten zu verzeichnen. In der Umgebung der Kasbah wurden zahlreiche Leichen der Feinde gefunden. Die Verluste der Franzosen betragen zehn Tote und dreißig Verwundete. — Die Nachricht von der Befreiung der Kolonne Massoutier erregte in Mogador unter der Bevölkerung große Freude.

Ein Attentat in Japan.

In Tokio wurde auf den Fürsten Yamagata, einem Mitglied des Marschallrats, ein Attentat begangen. Der Fürst blieb jedoch unverletzt, während der Attentäter Selbstmord beging. Das Motiv zur Tat ist unbekannt. Fürst Yamagata ist einer der Führer im russisch-japanischen Kriege gewesen.

Die Luftschiffahrt.

Zuverlässigkeitsflug am Oberrhein.

Für den deutschen Zuverlässigkeitsflug am Oberrhein 1913 ist die Zeit vom 10. bis zum 19. Mai in Aussicht genommen. Anfangsort des Fluges wird Wiesbaden, Endpunkt Konstanz. Zwischen Straßburg und Konstanz findet voraussichtlich eine größere Aufklärungsübung statt. An den Ueberlandflug wird sich auf dem Bodensee ein Wasserflugzeugwettbewerb anschließen. Prinz Heinrich von Preußen hat den Vorsitz und die Oberleitung übernommen.

Todessturz eines englischen Fliegers.

Der englische Flieger Petri, der vorgestern aufstieg, ist in der Nähe von Redpar, als er von Brookland nach Edinburg fliegen wollte, abgestürzt und war sofort tot. Der Flieger ist erst 26 Jahre alt und hatte sein Flugzeugnis erst vor ganz kurzer Zeit erhalten.

Aus Nah und Fern.

Dampfer-Zusammenstoß. Nach einem Telegramm aus Philadelphia in Amerika erfolgte gestern in der Delaware-Bucht ein Zusammenstoß zwischen dem großen Dampfer der White Star Line „Oceanic", einem Schwesterschiff der untergegangenen „Titanic", und dem Dampfer „Merion". Beide Schiffe haben schwere Beschädigungen erhalten. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Grubenunglück in Galizien. In den Kohlenbergwerken bei Jaworzne wurden im Schachte „Helene" durch herabfallende Erdmassen mehrere Arbeiter verschüttet. Drei derselben wurden als Leichen geborgen, zwei andere waren nur leicht verletzt.

Bergwerksunglück. In dem Kalibergwerk Adolfsglück bei Schwarmstedt in Hannover sind am Heiligen Abend infolge Entzündung brennbarer Gase ein Steiger, ein Drittelführer und drei Bergleute getötet worden.

Gasvergiftung in einer Berliner Familie. Am ersten Feiertage verstarb infolge Gasvergiftung, die durch einen Unfall herbeigeführt wurde, der 72 Jahre alte Privatier Maron. Seine Frau und die Tochter konnten noch rechtzeitig wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Starke Stürme haben während der Feiertage überall gewütet, besonders aber an der Nordseeküste, an der englischen Küste sowie auf dem Atlantischen Ozean. Teilweise sind schwere Schäden entstanden.

Schwerer Straßenbahnunfall. In Rom ereignete sich gestern früh ein schwerer Straßenbahnunfall. Beim Herabfahren einer abschüssigen Straße versagte die Bremsvorrichtung und der Straßenbahnzug fuhr gegen eine Mauer, wobei er vollständig zertrümmert wurde. Der Führer des Straßenbahnzuges wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. 17 Fahrgäste wurden schwer verletzt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

// **Niederlobicau,** 26. Dez. (Neuer Superintendent.) Zum Nachfolger unseres verstorbenen Ortspfarrers und Superintendenten Hilpert ist von der Behörde der Oberpfarrer, Superintendent und Kreisschulinspektor Theodor Siebert in Herzberg bestimmt worden. Derselbe ist 1848 in Benneckenstein geboren, 1875 ordiniert, war Diakonus in Ranis, 1882 Pfarrer in Preßler. In Herzberg ist er seit 1904. Die hiesige Stelle hat ein Einkommen von ca. 8500 Mk.

W. **Leipzig,** 26. Dez. (Russen-Gedächtnisfeier.) Der russische Kriegsminister Suchomlinow ist von Petersburg nach hier abgereist, wo er am 28. Dezember an der Grundsteinlegung einer Kapelle zum Gedächtnis der im Jahre 1813 gefallenen Russen teilnehmen wird.

Aus Halle und Umgebung.

Halle a. S., den 27. Dezember 1912.

Die Laufbahn eines Militärintendantursekretärs.

Infolge der am 1. Oktober d. Js. eingetretenen Heeresverstärkung sind die Aussichten für obige Laufbahn nicht ungünstig. Bei der Schwierigkeit einer Berufswahl in der heutigen Zeit dürfte es von Interesse sein, etwas Näheres über die Laufbahn zu erfahren. Zugelassen werden bis auf weiteres nur Inhaber des Zeugnisses der Reife für die erste Klasse (Unterprima) einer neunstufigen höheren Lehranstalt.

Junge Leute, die die Laufbahn einschlagen wollen, müssen zunächst ihre Dienstzeit ableisten. Drei Monate vor deren Ablauf ist auf dem Dienstwege, also durch die Kompagnie usw., ein Gesuch um Vormerkung für die Intendantur-Sekretariats-Laufbahn einzureichen, für die am 1. April 1912 eingetretenen demnach noch im Laufe des Dezembers. Zu dieser Zeit dürfen die Bewerber das 23. Lebensjahr nicht überschritten haben. An die gesetzliche Dienstpflicht schließt sich eine einjährige Frontdienstzeit als Unteroffizier oder Unteroffizier-Dienstuer an. Alsdann erfolgt die 2½jährige Ausbildung bei der Kassenverwaltung und der Bekleidungskommission des Truppenteils — davon ¼ Jahr bei einer anderen Waffengattung — und eine einjährige Ausbildung bei der Militär-Intendantur. Hierauf wird der Anwärter zur Zahlmeisterprüfung zugelassen, die er mit mindestens „gut" bestehen muß. Auf Grund der abgelegten Prüfung wird er zum Zahlmeister-Aspiranten ernannt. Anwärter, die diese Prüfung nur mit „genügend" bestehen, werden in der Liste der Intendantur-Sekretariats-Anwärter gestrichen, verbleiben aber in der Zahlmeister-Laufbahn.

Zur Ausbildung im Intendanturdienst wird dann der Anwärter zur Korpsintendantur, Korpszahlungsstelle, Garnisonverwaltung, zum Garnisonlazarett, Bekleidungsamt und einem Manöverproviantamt kommandiert. Diese Kommandos dauern für gewöhnlich ungefähr 20 Monate. Sodann ist die Prüfung zum Militär-Intendantur-Sekretär abzulegen. Die erste Anstellung erfolgt sodann in der Regel innerhalb zwei Jahren als Intendantur-Diätar (nicht etatsmäßiger Militärbeamter mit Offizierrang), die Ernennung zum Intendantur-Sekretär richtet sich nach dem Freiwerden der Stellen. Aus den Intendantur-Sekretären ergänzen sich ferner auch die Geheimen expedierenden Sekretäre des Kriegsministeriums und die Geheimen Rechnungsrevisoren im Rechnungshof. Auch der Kolonialdienst bietet sehr gute Stellen für Intendantur-Sekretäre. Während der Ausbildung erhalten die Anwärter ihre dienstgradmäßigen Gebührnisse, nach der Prüfung daneben als Hilfsarbeiter eine monatliche Zulage bis zu 50 Mark.

Die Gehälter betragen: a) für Intendantur-Diätare 2000 bis 2500 Mk., b) für Intendantur-Sekretäre 2250 bis 4650 Mk., c) für Geheime expedierende usw. 3000 bis 6600 Mk., daneben der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß, zu b) von 520 bis 800 Mk., zu c) von 1200 Mk.

Nach bestandener Prüfung kann auf Wunsch der Anwärter ihre Kommandierung zum Orientalischen Seminar in Berlin behufs Vervollständigung der fremdsprachlichen Kenntnisse erfolgen; ebenso werden in der Zeit bis zur Anstellung die Uebungen als Reserve-Offizier abgeleistet, die Beförderung zum Reserve-Offizier erfolgt nach der ersten Anstellung.

— **Die Weihnachtsfeiertage** dieses Jahres übersteigen noch die der vorhergehenden drei Jahre indezug auf ihre enorme Wärme, die sich beinahe Tag und Nacht in der Nähe von 10 Grad Celsius hielt. Sie dürfte damit den überhaupt wärmsten Weihnachtstagen nahekommen, die wir seit dem Jahre 1848 erlebt haben.

— **Der Mensch muß sich zu helfen wissen!** Eine städtische Lustbarkeits-Steuerordnung besteuerte Konzerte, für welche Eintrittsgeld erhoben wurde, doppelt so hoch als eintrittsfreie Konzerte. Dies veranlaßte einen Konzertwirt, das Eintrittsgeld fallen zu lassen und statt dessen den Bierpreis um 5 Pfg. für ein Glas zu erhöhen. Trotzdem erhob der Magistrat die höhere Steuer. Der Konzertwirt klagte dagegen und gewann den Prozeß. Das Oberverwaltungsgericht entschied, die Verteuerung des Bieres sei der Erhebung eines Eintrittsgeldes nicht gleichzustellen. Ein Preisaufschlag auf das während des Konzertes verzehrte Bier richte sich in seinem Gesamtbetrage nach dem Verzehr des Gastes, werde also nicht als „Eintrittsgeld" für die „Zulassung" zum Konzert erhoben.

Letzte Telegramme.

Tödlicher Unfall beim Rodeln.

Berlin, 27. Dez. Der Berliner Rechtsanwalt Petzall, der sich mit seiner Gattin kurz vor Weihnachten nach der Peterbaude begeben hatte, um dort Wintersport zu treiben, verunglückte am Dienstag auf der vereisten Rodelbahn. Er fuhr mit voller Wucht gegen eine Telegraphenstange, so daß er auf dem Transport nach Hirschberg starb.

Raubmord?

Erfurt, 27. Dez. Der Kassierer der Gewerbebank in Tennstedt, Ropke, wurde am ersten Feiertag in seiner Wohnung tot aufgefunden. Eine klaffende Wunde an der Stirn war augenscheinlich durch einen wuchtigen Schlag mit einem harten Gegenstande hervorgerufen. Das Geld, das Ropke in der Wohnung aufbewahrt hatte, war verschwunden.

Oesterreich rüstet nicht gegen Rußland.

Petersburg, 27. Dez. Gegenüber den in der Presse verbreiteten Gerüchten, der österreichisch-ungarische Botschafter habe dem russischen Minister des Auswärtigen erklärt, die österreichischen Rüstungen seien gegen Rußland gerichtet, wird offiziell mitgeteilt, daß der Minister keine derartige Erklärung von dem österreichisch-ungarischen Botschafter erhalten hat.

Präsident Wilson erkrankt.

New-York, 27. Dez. Präsident Wilson ist an Grippe erkrankt und muß das Bett hüten.

Börsen- und Handelsteil.

Keine Verhandlungen wegen Erneuerung des Verkaufsvereins thüringischer Braunkohlenwerke.

In den letzten Tagen begegnete man in der Presse einer Notiz, laut welcher die Verhandlungen zu einer Erneuerung des früheren Verkaufsvereins thüringischer Braunkohlenwerke, G. m. b. H. in Halle a. S., endgültig gescheitert seien. Wie uns von den A. Riebeckschen Montanwerken, Aktiengesellschaft zu Halle a. S., heute mitgeteilt wird, haben derartige Verhandlungen überhaupt nicht stattgefunden. Eine Wiederbildung dieses Verkaufsvereins würde heute auch keinen Sinn mehr haben, da die früher in ihm vereint gewesenen Braunkohlenwerke durch die inzwischen vorgenommenen Verschmelzungen sämtlich in den A. Riebeckschen Montanwerken, Aktiengesellschaft zu Halle a. S., und der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktiengesellschaft zu Halle a. S. aufgegangen sind.

Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York,** 26. Dezember. Roter Winter-Weizen loko 109, per Mai —,—, per Dezbr. 95⅞, per Mai 97⅞, per Juli —, Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,90. Getreidefracht nach Liverpool 4½.

W. **Chicago,** 26. Dezember. Weizen per Dez. 86¼, per Mai 91⅞, per Juli 89, Mais per Dez. 47⅝, per Mai 48½, per Juli 49⅝, do.

W. **New-York,** 26. Dez. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 10,55, do. Credit Balances at Oil City 2,00. Kupfer 17,00—17,37.

W. **New-York,** 26. Dezember. Schmalz Westernsteam 10,45, Rohe und Brothers 10,80.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Fritz Müller; für Provinz und Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Vertriebes: Heinrich Mieschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. Saale.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) 3730 Filiale Halle a. S. Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191212271-13/fragment/page=0002